

## ZUR EINSCHÄTZUNG DER GEGENWÄRTIGEN POLITISCHEN LAGE IN DER BRD

I

Sowohl die starke Politisierung während des Wahlkampfes als auch die ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung deuten darauf hin, daß größte Teile der Bevölkerung die Bundestagswahlen als ein entscheidendes politisches Votum verstanden haben. Daß dieses Votum so klar zugunsten der Sozialdemokratie ausging, also größte Teile der Bevölkerung ihre Interessen eher von der SPD vertreten sehen, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß es die SPD verstanden hatte, eine Koppelung von Sicherheits- und Reformbedürfnissen und -bestrebungen vorzustellen: Sicherheit durch die Ostpolitik, in deren Verlauf sich Willy Brandt zum "Friedenskanzler" erhob, innenpolitische Reformen durch Maßnahmen, die eher Versprechungen blieben, und durch die großausgelegte Formel von der "Verbesserung der Qualität des Lebens". Diese Koppelung vermochte Massenunterstützung bei der Wahl zu mobilisieren, zumal die CDU/CSU dem nichts entgegenzusetzen hatte, vielmehr mit der Flut von teuren Hetzanzeigen dokumentierte, daß sie die Partei des Großkapitals ist.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Einschätzungen der Linken während des Wahlkampfes zu rekapitulieren. Die DKP stellte sich nur halbherzig zur Wahl aufgrund der richtigen Einschätzung der Lage, daß es ihr auch 1972 nicht gelingen werde, die Hürde der fünf Prozent zu nehmen. So forderten Mitglieder der DKP mehr oder weniger verschleiert dazu auf, doch lieber SPD zu wählen, um die

marschierende Reaktion von CDU/CSU gemeinsam und wirksam abzuwehren. Dabei kam dann auch die inhaltliche Klärung zu kurz, was unter der Parole "Kommunisten in den Bundestag" heute zu verstehen sei – da sowieso keine Kommunisten in den Bundestag einziehen würden. Eine Partei, die sich im Wahlkampf selbst als nur mit politischen Einschränkungen wählbar darstellte, bekam dann auch von Sympathisierenden nur wenige Stimmen. Dies drückt sich auch in dem weitverbreiteten Splitting zwischen den Erst- und Zweitstimmen von DKP und SPD aus. Es ist natürlich zu fragen, ob sich die Partei mit einem solchen Verhalten nicht politisch desavouiert.

Auf dem einen Pol forderten die verschiedenen "KPDen" den Boykott wie 1969, nur mit veränderter Begründung. Beide großen Parteien seien lediglich Agenten des Kapitals, "Volksfeinde", und eine Stimmenabgabe diene, da es innerhalb des Parlamentarismus keine Alternative gebe, nur dem Interesse der Bourgeoisie. Außerdem sei die parlamentarische Auseinandersetzung kein Mittel, den Aufbau der proletarischen Partei voranzutreiben. Eine solche Position jedoch ist nicht in der Lage, die sozialen Prozesse und politischen Ausdrucksformen, die sie gerade auch in Wahlen und Wahlkämpfen finden, adäquat in einer politischen Taktik zu berücksichtigen. Zudem liegt einer solchen politischen Position eine maßlose Überschätzung der eigenen Stärke und Bedeutung zugrunde. Parolen wie "Nur Volksfeinde stehen zur Wahl" oder gar "Nur Volksfeinde gehen zur Wahl" dokumentieren sehr deutlich die politische Blindheit. Die konkreten Unterschiede zwischen CDU/CSU und SPD werden in einer solchen Haltung verwischt, Unterschiede, die es gerade für eine politische Einschätzung genau zu analysieren gilt. Auf dem anderen Pol unterstützten Teile der Linken mehr oder weniger offen die SPD und zwar teilweise nicht nur aus taktischen Erwägungen, sondern brachten sogar ein Maß an Identifikation mit dieser Partei auf, das nach der wenige Wochen vor der Wahl abgespulten Baader-Meinhof-Jagd und Verfolgung der arabischen Genossen zumindest verwunderte. Dahinter standen Überlegungen, nach denen eine SPD-Regierung der Linken einen größeren Spielraum lassen würde, als es unter einer CDU/CSU-Regierung der Fall sein würde. Darüber hinaus meinten manche Gruppen, daß mit schrittweisen Reformen, die ja von der SPD versprochen waren, das "System zu überwinden" sei (linke Jusos z. B.). Wenn die SPD aber trotz ihrer Versprechungen nicht zu Reformen fähig oder bereit sei, dann habe das schließlich auch seine politische positive Seite. Damit entlarve sich der Sozialdemokratismus und Reformismus als systemstabilisierende Kraft und bewirke einen Abbau der grassierenden sozialdemokratischen Illusionen innerhalb der Arbeiterschaft.

## II

Angesichts der Tatsache, daß nun die SPD zusammen mit der FDP in den kommenden vier Jahren die Regierungsgeschäfte führen wird, müssen zum Zweck der politischen Einschätzung und der Bestimmung unserer nächsten Aufgaben die Machtverhältnisse analysiert werden. Wir werden einige grobe Einschätzungen zu geben versuchen, aus denen sich Aufgabenstellungen für die weitere Redaktionsarbeit der Prokla bestimmen, die wir im Editorial zu Heft 6 erläutern werden. Zwar kann-

te das westdeutsche Kapital nach seiner Krise von 1966/67 einen ausgesprochen kraftvollen Aufschwung der Akkumulation für sich buchen, doch bedeutete dieser Aufschwung, der seit 1970 in eine Phase der Stagnation mündete, die Akkumulation neuer Widersprüche, die auch die kommenden Jahre bestimmen werden. In diesem Zusammenhang muß insbesondere auf die in den Währungskrisen zutagegetretenen internationalen Verwicklungen, die Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt verwiesen werden. Die Währungskrisen, von denen mittlerweile selbst die berufsmäßig optimistischen Apologeten unter den Ökonomen nicht mehr glauben, daß sie langfristig mit nur technischem Firlefanz gelöst werden können, sind die Gewitterwolken am Horizont der kapitalistischen Weltkonjunktur. Westdeutschland ist in diesem Zusammenhang zur Zeit noch weit besser dran als die meisten anderen kapitalistischen Länder, aber es ist auch nur so lange besser dran, wie die anderen Länder nicht einen scharfen Schnitt machen: etwa durch Export- und Importkontrollen, Devisenbewirtschaftung etc., die den für die westdeutsche Konjunktur lebenswichtigen Warenexport be- oder abschneiden. Natürlich wird dies nicht so einfach von heute auf morgen passieren, aber die Maßnahmen der USA vom Sommer 1971 (vgl. dazu PROKLA 1) haben einen Vorgeschmack davon geliefert, welche Auswirkungen staatliche Restriktionen in einem Land für den kapitalistischen Weltmarkt haben. Dazu wird es immer deutlicher, daß die Vorzugsstellung, die Westdeutschland auf dem Weltmarkt einnimmt, nur eine sehr relative ist, die tendenziell unterhöhlt wird, vor allem von der japanischen Konkurrenz. Der Preis, der in Westdeutschland für diese Vorzugsstellung gezahlt worden ist, war noch sehr niedrig. Die, wie sich herausstellte, doch geringen Aufwertungen der DM haben dem westdeutschen Exportkapital nicht schaden können. Aber es besteht die Möglichkeit, daß die kapitalistischen Konkurrenten, die so viel schlechter dran sind als Westdeutschland (Großbritannien und Italien) über kurz oder lang einen höheren Preis werden fordern müssen, um nicht die politische Herrschaft ihres nationalen Kapitals angesichts der vehementen Klassenkämpfe zu gefährden. Das heißt, daß die heute noch sehr günstige Position des westdeutschen Kapitals gerade innerhalb der EWG nicht überstrapaziert werden darf und materielle Zugeständnisse gemacht werden müssen. So strahlen die Klassenkämpfe in anderen westeuropäischen Ländern, über die sich jeder westdeutsche Einzelkapitalist freuen mag, weil sie seine Konkurrenten schwächen, auch auf das westdeutsche Gesamtkapital aus. Doch auch heute schon zeigt es sich, daß die Exportüberschüsse der vergangenen Jahre, die absolut notwendig sind für den beschleunigten Aufschwung und daher auch für das "politische Gleichgewicht" in der BRD, ihre Probleme aufwerfen, vor allem in Form der Inflation oder gar wie 1971 und 1972 in Form der Stagflation. Die Inflation ist nicht nur deshalb politisch brisant, weil sie jedesmal Erinnerungen an die beiden totalen Geldentwertungen 1923/24 und 1948 wach ruft, sondern weil sie mit Notwendigkeit strukturelle Probleme des Akkumulationsprozesses aufwirft:

Da die Preisbewegung immer ungleichmäßig ist, werden die Branchen in ihren Akkumulationsmöglichkeiten ungleichmäßig getroffen. Auch die verschiedenen Einkommen und deren Verwendungsarten unterliegen dieser ungleichmäßigen Wirkung der Inflation, so daß daraus auch politische Widersprüche resultieren, die sozusagen inflationsbedingt sind. Darauf wird aber noch zurückzukommen sein.

Die Währungskrisen und deren Folgen sind nur ein Ausdruck, eine Erscheinungsform der Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Reproduktionsprozesses im Weltmaßstab. In der BRD sind die Widersprüche des Reproduktionsprozesses heute durch die besonderen historischen Bedingungen der Krise 66/67, des Aufschwungs nach 1967 bestimmt. Da kein Akkumulationszyklus die bloße Wiederholung des vorhergehenden ist, sind gerade die historischen Besonderheiten für eine Analyse der politischen Verhältnisse relevant. Bezeichnend für den Aufschwung nach 1967 ist der Umfang der Rationalisierung von Produktion und Zirkulation im Zusammenhang mit Steigerung sowohl der Produktivität als auch der Intensität der Arbeit und den ersten Anzeichen für beschleunigten "moralischen Verschleiß" von Qualifikationen der Arbeitskraft (Vgl. hierzu genauer "Zur Intensifikation der Arbeit in der BRD" in PROKLA 4 und in dieser Nummer). Diese sich herausbildenden neuen Formen des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital haben natürlich Konsequenzen für das politische Bewußtsein, die Kämpfe und die Organisationsformen innerhalb der Arbeiterklasse. Dies zeigte sich während des Aufschwungs nach 1967 deutlich.

Mit der Ablösung der Regierung Erhard im Jahre 1966 und der Beteiligung der Sozialdemokratie an der großen Koalition wurden neue Formen des Staatsinterventionismus (Globalsteuerung, Mittelfristige Finanzplanung), neue Formen der Steuerung des Konflikts von Lohnarbeit und Kapital (Konzertierte Aktion), eine Zentralisierung der Regierungsgewalt (Einschränkung des Föderalismus), eine Erweiterung der Machtbefugnisse (Notstandsgesetze) eingeführt. Wie effizient diese neuen Formen auf der politischen Ebene waren, zeigte sich nicht zuletzt daran, daß nach der Krise von 1967 ein neuer Wirtschaftsaufschwung erfolgte, der in seiner Dynamik sogar den Zyklus von 1963 bis 1966 übertraf. Man kann zwar nicht behaupten, daß die politischen Formen den Wirtschaftsaufschwung unmittelbar bewirkt hätten, aber sie haben Hinderungsgründe für einen neuen Akkumulationsstoß schneller beseitigt, als es sonst der Fall gewesen wäre. So ist es verständlich, daß 1966 und auch noch 1969 große Teile des Kapitals die SPD unterstützten. Die Profite stiegen explosionsartig, während sich die Lohnsteigerungen bis 1969 um die staatlich vorgegebenen Lohnleitlinien herum bewegten. Darin waren die für die BRD neuen Konflikte angelegt, die zum ersten Mal 1969 in den spontanen Streiks der Arbeiter zum Ausdruck kamen. Die spontanen Streiks können nicht nur als Folge der divergenten Entwicklung von Löhnen und Profiten nach der Krise interpretiert werden, sondern auch als Antwort der Arbeiterklasse auf den politischen Versuch, die Lohnbewegung von den Bedürfnissen der Kapitalakkumulation abhängig zu machen. Dies kommt darin zum Ausdruck, daß innerhalb der Gewerkschaften die Forderung "Raus aus der Konzertierte Aktion" eine immer weitere Verbreitung gefunden hat, so daß sich selbst die Gewerkschaftsspitze in den vergangenen zwei Jahren zur Konzertierte Aktion hat kritisch äußern müssen. Dadurch, daß die Gewerkschaften nach 1967 weitgehend, d.h. nicht nur an der Spitze, die politisch gesetzten Bedingungen in zum Teil falsch verstandener Loyalität zur SPD akzeptierten, "desintegrierten" sie die Lohnkämpfe teilweise aus ihrer Kontrolle. Vielleicht ist dieses Moment in den Gewerkschaften und von der herrschenden Klasse besser begriffen worden, als von manchen Kreisen der Linken, die darauf warteten, daß die

ökonomische Bewegung in eine politische umschlage, nicht zuletzt aufgrund ihrer politischen Aktivitäten. Jedenfalls zeigen die nach 1969 unternommenen Anstrengungen der Gewerkschaftsführung, die spontanen Bewegungen wieder zu integrieren, daß sie bereits in der spontanen Form der Kämpfe und nicht erst in den nur teilweise explizit politischen Inhalten der Forderungen den politischen Charakter der Bewegung erkannt hatten. Es muß festgehalten werden, daß es den Gewerkschaften in der Folge zwar gelang, die spontane Bewegung wieder unter Kontrolle zu bringen — die Streiks waren viel zu kurz, als daß sich der Charakter der Gewerkschaftsbewegung so schnell hätte ändern können — aber dennoch sind innerhalb der Gewerkschaften und teilweise außerhalb operierende selbstbewußte Gruppen und Zirkel entstanden oder haben sich konsolidiert, die für die Spitze nicht mehr nur eine quantité négligeable darstellen können. Ein Beispiel dafür bieten die Betriebsratswahlen vom Frühjahr 1972. Die spektakulären Erfolge von "Protestlisten" bei Daimler-Benz, Opel-Bochum und anderswo zeigen, daß die auf eine wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen drängenden Potenzen innerhalb der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsbewegung groß genug sind, um sich zu artikulieren. Der Zusammenhang von ökonomischer Forderung und politischer Artikulation, der immer in Lohnbewegungen angelegt ist, hat sich allerdings deshalb noch nicht eindeutig manifestieren können, weil es der Gewerkschaftsspitze gelungen ist, die politische Dimension weitgehend zu isolieren bzw. die Rücksichtnahme auf die SPD-Regierung in den Vordergrund zu schieben, wie es während des Metallarbeiterstreiks in Baden-Württemberg Ende 1971 geschehen ist. Hieran zeigt sich denn auch die politische Bedeutung der Bindung der Gewerkschaften an die Partei für die gesamte Linke als eine Grenze ihrer Möglichkeiten.

Die politischen Folgen und Probleme für die Sozialdemokratie als Regierungspartei liegen auf der Hand. Zunächst die Inflation: Sie führt dazu, daß die Staatseinnahmen mit der Inflationsrate nicht Schritt halten können, wenn man die gesetzten Aufgaben des Staates berücksichtigt. Denn die Steuern werden für eine vergangene Periode gezahlt, in der die Preise noch niedriger waren, während die Ausgaben heute und morgen getätigt werden, wo die Preise schon einige Punkte höher getrieben worden sind. Dies ist ein Mechanismus, der noch dadurch verschärft wird, daß der Preisindex des Staatsverbrauchs im Vergleich zu den Preissteigerungen anderer Größen der "volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung" überproportional gestiegen ist. Die Staatseinnahmen reichen unter den Bedingungen der Inflation nicht mehr aus, die zum Teil schon aus den 50er Jahren überhängigen strukturellen Probleme zu lösen (Infrastruktur, Bildungswesen, Sozialgesetzgebung usw.). Daß die Inflation selbst eine Erscheinungsform der grundlegenden Krisen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses ist, soll hier nicht weiter analysiert werden (vgl. dazu die Ansätze in PROKLA 2 und 3). Der Hinweis ist aber insofern wichtig, als damit Illusionen entgegengetreten werden kann, nach denen mit der Eindämmung der Inflation auf kapitalistischer Grundlage die vorhandenen Probleme gelöst werden könnten. Die von der SPD/FDP-Regierung so großspurig angekündigten "inneren Reformen" mußten unter den Bedingungen der Inflation und nicht erst unter den Bedingungen des parlamentarischen Grabenkampfes wortreiche Prahlerei bleiben. Wenn dann noch hinzukommt, daß ein Teil der Regierung mit weiterer Staatsverschuldung die "inne-

ren Reformen" zu finanzieren gedenkt, ein anderer Teil aber mit dem Fetisch der Stabilität, womit lediglich eine mehr oder weniger lax definierte Preisstabilität gemeint ist, die Ausgaben für innere Reformen kürzen will, ein dritter Teil stattdessen die Steuern erhöhen möchte, wobei dieser Teil bereits darüber in sich uneinig ist, welche Steuern erhöht, d.h. welche Schichten besonders zu belasten sind, dann ist dies ein politischer Konflikt mit einer nicht manipulierbaren Basis. Wegen dieser materiellen Grundlage im Akkumulationsprozeß ist der politische Konflikt auch nicht mit dem grandiosen Wahlergebnis für die sozialliberale Koalition aus der Welt geschafft oder auch nur leichter zu managen. Die FDP, die keine Steuererhöhungen hinnehmen will, die SPD, die für Steuererhöhungen plädiert; die SPD, die in der Mitbestimmungsfrage den Gewerkschaften Zugeständnisse machen will, die FDP, die eine "Parität" von Kapital und Arbeit in den Leitungsorganen der Unternehmen strikt ablehnt – all dies sind Beispiele für Widersprüche, die die Politik der kommenden Jahre bestimmen werden. An diesen politischen Konflikten ist auch der ehemalige "Superminister" Schiller gescheitert, genau wie der ehemalige Bildungs- und Wissenschaftsminister Leussink vor ihm. Viel Geld kostende Reformen und Stabilität, wie sie der kapitalistische Staat anzustreben versucht, nämlich stabile Verwertungsbedingungen für das Kapital, passen eben nicht zusammen. Daß daraus sich auch personelle Konsequenzen ergeben, ist nur ein oberflächlicher Reflex des Ganzen. Die Reformvorhaben der sozialliberalen Koalition mußten scheitern, da die zu ihrer Verwirklichung notwendigen Mittel fehlten. Zwar wurde jeweils die ungünstige Konjunkturlage als Begründung vorgeschoben – aber wann ist die Konjunkturlage für Reformen, die nicht nur dem Kapital zugutekommen, schon günstig?

In dieser Widersprüchlichkeit befangen, hat die SPD als Regierungspartei die Erwartungen des Kapitals, das meß- und sichtbare Resultate haben wollte, kurzfristig, nämlich seit 1969, nicht erfüllen können. Die mangelnde Disziplinierung der Gewerkschaften in den Lohnkämpfen und die Furcht vor Steuererhöhungen bewirkten, daß sich das Kapital wieder zur CDU/CSU wandte, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Basis und ihrer erklärten Funktion als "Ordnungspartei" die Interessen des Kapitals besser und effizienter durchzusetzen versprach – gerade auch gegenüber den Gewerkschaften. Zwar kann man davon ausgehen, daß die SPD einen besseren Draht zur Gewerkschaftsspitze hat und folglich besser Disziplinierungsfunktionen wahrnehmen kann als die CDU/CSU, aber diese Disziplinierung seitens der SPD ist nur möglich, wenn auch gewisse Zugeständnisse gegenüber den Gewerkschaften gemacht werden. Gerade zu diesen Zugeständnissen waren weder das Kapital, vertreten durch seine Verbände, noch die CDU/CSU bereit. So stimmt es zwar, daß die SPD eine integrationistische Partei ist, aber da Integration der Arbeiterbewegung in das System etwas "kostet", ist eine solche integrationistische Partei für die Kapitalistenklasse nicht in jeder Situation akzeptabel. So machen die Erwartungen des Kapitals an die SPD ziemlich deutlich, welche zwiespältige Rolle die SPD in Wirklichkeit zu spielen gezwungen ist. Obwohl sie ihre Mitglieder und Wählerschaft zum großen Teil aus der Arbeiterklasse rekrutiert, ist sie doch objektiv eine bürgerliche Partei. Sie kann das wegen der bezeichneten Widersprüche nicht eindeutig genug sein, aber sie kann auch nicht klar die Arbeiterinteressen

vertreten. Die Kritik aus der Arbeiterklasse an der SPD wächst zwar in zunehmendem Maße, was auch in linken Oppositionsströmungen innerhalb der SPD selbst zum Ausdruck kommt; die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten sieht aber dennoch die SPD mangels realistischer Alternative als "ihre" Partei an. Selbst sozialistische und kommunistische Arbeitergruppen haben aus diesem Grunde bei der Bundestagswahl zum Votum für die SPD aufgerufen, um sich nicht sektiererisch zu isolieren.

Daß mangels Alternative die SPD in großen Teilen der Arbeiterklasse als "die" Arbeiterpartei angesehen wird, zeigte sich deutlich, als die Regierung Brandt/Scheel durch das Mißtrauensvotum der CDU/CSU im Zusammenhang mit den Ostverträgen im April 1972 gestürzt werden sollte: Es fanden spontane Arbeitsniederlegungen statt. Hier zeigte es sich, daß die Parteienahme für die SPD durchaus ambivalent ist. Denn die Ebene der politischen Artikulation kann unter entsprechenden ökonomischen und politischen Verhältnissen von den Wahllokalen auf die Straße verlegt werden. Die spontanen Arbeitsniederlegungen als Votum für die Regierung Brandt, die sich an manchen Orten zu großen Demonstrationen ausweiteten, sind ein solches Beispiel. Diese Willenskundgebung nur als unreifes politisches und sozialdemokratisches Bewußtsein der Arbeiterklasse zu deuten und sich daher aus dieser Ebene der Auseinandersetzung heraushalten zu wollen, da sie im eigentlichen Sinne nicht politisch sei, zeugt selbst von einem Nicht-Begreifen der Situation. Die Arbeiter, die hier streikten und demonstrierten, nahmen objektiv, teilweise auch subjektiv, Einfluß auf die politischen Auseinandersetzungen, ohne sich an die parlamentarischen Regeln zu halten. Kanzler Brandt, der als Drohung gegenüber der CDU/CSU mit der "Mobilisierung der Betriebe" operierte, mußte sehr schnell eröffnen, daß das ja "so nicht gemeint gewesen sei", als die Arbeiter spontan, d.h. durch SPD und Gewerkschaften unkontrolliert, der CDU/CSU tatsächlich drohten. Die Gefahr, die der SPD aus einer politischen Bewegung in der Arbeiterklasse erwachsen kann – auch wenn sie anfänglich zu ihrer Unterstützung angetreten ist – wurde sehr schnell erkannt. (Das Resultat können nämlich Organisationsformen sein, die dem sozialdemokratischen Einfluß in der Arbeiterschaft Grenzen setzen.) Die SPD besann sich also darauf, daß sie keine Arbeiterpartei mehr, sondern Volkspartei geworden ist. Die Arbeiter hatten in dieser Affäre gezeigt, daß sie selbstbewußt aufzutreten vermögen und nicht einfach als Mittel der politischen Auseinandersetzung von der Sozialdemokratie instrumentalisiert werden können. Eine ähnliche Situation zeigte sich noch einmal während des Wahlkampfes, als Willy Brandt versuchte, in den Betrieben für die SPD zu agitieren und dabei auf den schärfsten Widerstand seitens der CDU/CSU und der Kapitalverbände stieß. Die SPD hat so in verschiedenen Formen und Situationen nach dem parlamentarischen Patt versucht, an die Betriebe zu appellieren – die Mauserung des Helmut Schmidt zum großen Gewerkschaftsfreund gehört ebenfalls in diesen Zusammenhang –, sie hat auch mit dieser Politik große Erfolge erringen können, wie sich im Wahlergebnis gezeigt hat. Damit ist aber die Widersprüchlichkeit, in der sich die Partei befindet, nicht aus der Welt geschafft. Sie bleibt eben eine Partei, die in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft die Regierungsgewalt ausübt und daher zwischen Funktionalität in dieser Gesellschaft und Legitimation durch die Arbeiterklasse schwankt. Vor der Wahl ging es vorrangig um Legitimation,

nach der Wahl wird es um Funktionalität gehen. Aber die zeitweise gestärkte Linke in der Partei stellt für die Funktionalität der Regierungspartei eine, wenn auch vorübergehende, Belastung dar. Das zeigt sich schon in den Verhandlungen nach der Wahl, in der antizipatorischen Abwehr linker Fraktionbildung durch Brandt und in der Haltung der Partei zur Tarifbewegung Ende 1972. Der Widerspruch innerhalb der SPD, einerseits als Regierungspartei nicht gegen Kapitalinteressen handeln zu können, andererseits in Gegensatz zur eigenen gesellschaftlichen Basis zu geraten oder diese nicht mehr kontrollieren zu können, erzeugt einen Spannungszustand in der SPD, der die Gewerkschaftsopposition und die Parteilinke insgesamt auf den Plan ruft. Innerhalb der Gewerkschaften regen sich zunehmend Widerstände gegen die Dämpfung sozialer Konflikte in Form von Konzertierter Aktion, Lohnleitlinien, Spitzengesprächen, Stabilitätspakten usw. Auch die Jungsozialisten treten mit ihren Forderungen in Gegensatz zur Parteiführung, allerdings ohne daß das bisher zu organisatorischen Konsequenzen geführt hätte oder in absehbarer Zeit führen würde.

### III

Wir haben gesehen, daß in den vergangenen Jahren die sozialen und politischen Konflikte deutlich zugenommen haben. Um sich den Rücken freizumachen und von den Problemen, denen sich die Regierung gegenüber sah und -sicht, abzulenken, bzw. um sich auf künftige Auseinandersetzungen vorzubereiten, wurde – publizistisch und propagandistisch ausgedehnt – gegen die Linke in der BRD vorgegangen. Die diesbezüglichen Tendenzen sind eindeutig: Die Gesetze, die den Bundesgrenzschutz als Regierungsarmee zur Niederschlagung innerer Unruhen einsetzen; die reaktionären Ausländergesetze, die jede politische Aktivität der mittlerweile über zwei Millionen Arbeitsimmigranten rigide beschneiden, in diesem Zusammenhang das Verbot von GUPS und GUPA; die Maßnahmen, Sozialisten als Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen oder davon fernzuhalten (Hamburger Erlasse der Ministerpräsidenten); die Vereinheitlichung im Sinne der Effizienzsteigerung der Polizei; die Versuche, sich das Monopol über die Massenkommunikationsmittel zu verschaffen (Bayerisches Rundfunkgesetz); die Besetzung des Präsidentenstuhls des Bundesverfassungsgerichts mit dem Reaktionär Benda; die geplante und ab 1973 verwirklichte Einrichtung von Bundeswehrhochschulen; die Kriminalisierungsversuche der gesamten Linken im Zusammenhang mit der Hysterie der Baader-Meinhof-Jagd; die Versuche, die Verbreitung linker Literatur zu unterbinden und deren Verleger unter Druck zu setzen usw. Diese massierten Repressionen sind kein Zufall, und sind auch nicht nur quantitative Fortsetzung von Tendenzen, die schon so alt sind wie die BRD. Die Repressionen sind unseres Erachtens Ausdruck der Krisenerscheinungen der westdeutschen Gesellschaft. Die herrschende Klasse hat sich sozusagen antizipativ für in der Zukunft zu erwartende Konflikte das repressive Instrumentarium schon jetzt bereitgestellt.

Unter diesem Aspekt sind auch die Ostverträge als ein Versuch zu interpretieren, sich den Rücken freizumachen für kommende Konflikte im Innern und auf dem kapitalistischen Weltmarkt. Die parlamentarische Auseinandersetzung vom April 1972 um die Verabschiedung der Ostverträge war nur ein Theaterspiel, bei dem je-

dem Beteiligten und Zuschauer der Ausgang schon vorher bekannt war. Der im letzten Akt beinahe erfolgte Abbruch der Vorstellung – wenn das Mißtrauensvotum Erfolg gehabt hätte – wäre lediglich auf einen wiedergutzumachenden Theaterunfall zurückzuführen gewesen. Die CDU/CSU hatte daher auch gar keine andere Möglichkeit, aus der selbstproduzierten Sackgasse herauszukommen, als sich der Stimme zu enthalten. Die Bourgeoisie in Westdeutschland hat derzeit keine andere Wahl, als mit den sozialistischen Ländern, auch mit der DDR – wie sich beim Abschluß des Grundvertrags kurz vor den Bundestagswahlen gezeigt hat – zum Einvernehmen zu kommen. Die materiellen Möglichkeiten, ein solches Einvernehmen jahrelang nicht nur zu negieren, sondern auch zu torpedieren (Entwicklungshilfe und Hallsteindoktrin gehörten ja zusammen), sind aufgrund der gewachsenen relativen Stärke der “anderen Seite” geringer und damit wirkungslos geworden. Jede Stagnationsphase und erst recht jede Krise wird die herrschende Klasse und selbst ihre reaktionärsten Mitglieder dazu zwingen, diese neuen Verhältnisse in der Politik zu berücksichtigen. Auf der staatlichen Ebene betrachtet, helfen die Ostverträge sicherlich, den “Frieden” in Europa zu sichern, ebenso wie die erst dadurch möglich gewordene gesamteuropäische Sicherheitskonferenz. Sie können daher auch nicht einfach als Ausdruck der Kollaboration zwischen westdeutschem Imperialismus und sowjetischem “Sozialimperialismus” interpretiert werden. Aber die Betrachtung auf der bloß staatlichen Ebene reicht nicht aus. Denn auf der anderen Seite besteht die Funktion der Ostverträge für die herrschende Klasse darin, freie Hand zu bekommen, um die repressive Gewalt konzentrierter zur Bewältigung der im Innern sichtbar aufbrechenden Widersprüche einsetzen zu können. Der sich nach außen orientierende und hauptsächlich an der DDR sich festmachende Antikommunismus kann sich nun auf die “Kommunisten” in der BRD selbst konzentrieren. Die DKP hat es als erste verspürt; dadurch nämlich, daß ihre Mitglieder als organisatorisch eindeutig identifizierbare (im Gegensatz zu den übrigen sozialistischen und kommunistischen Linken) zuerst und am häufigsten vom von der Hamburger Ministerpräsidentenkonferenz ausgesprochenen Berufsverbot betroffen worden sind. Es kann auf der anderen Seite jedoch nicht geleugnet werden, daß längerfristig mit der Korrektur des äußeren Feindbildes dem Antikommunismus vor allem in der Arbeiterschaft Boden entzogen wird.

Wir haben gezeigt, daß in den Arbeiterkämpfen Potenzen angelegt sind, die für die herrschende Klasse dann nicht mehr zu verkraften sind, wenn sie größeren Umfang annehmen und sich vereinheitlichen. Dies hängt aber nicht nur von der weiteren Entwicklung der Widersprüche des Kapitalverhältnisses ab, sondern auch – wie oben betont – von der subjektiven Entwicklung der sozialistischen Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung. Daraus ergeben sich Konsequenzen auch für eine wissenschaftlich sozialistische Zeitschrift. Die Redaktionskonferenz der Prokla wird in der nächsten Nummer versuchen, die Konsequenzen für ihre weitere Arbeit darzustellen.

E.A. G.A. S.P.